

Nassauer Anzeiger



Amtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:

Vierteljahr 4 50 Mk. mit Bringerlohn.

Erscheint dreimal:

Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile 40 Pf.

Die Reklamezeile 150 Pf.

Illustriert in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Obernhof, Altenhausen, Hömberg, Eisenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassaulische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 52

Druck und Verlag:
Buchdr. Heinr. Müller, Nassau (Lahn).

Samstag, 8. Mai 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Sohn).

43. Jahrg.

Die Kapitalertragssteuer.

Unter den Steuern, die eben im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wurden, befindet sich auch die neue Kapitalertragssteuer. Sie ist bekanntermaßen gedacht als eine Ergänzung zu der Einkommensteuer und soll das sogenannte indirekte Einkommen, das Einkommen aus Kapitalbesitz, besteuern, ähnlich wie dies früher in roher Weise die Vermögenssteuer in Preußen getan hat. Die Steuer beträgt 10 Prozent des Kapitalertrags. Eine Steigerung findet bei dieser Steuer nicht statt. Das eigentümliche an der Kapitalertragssteuer ist nun, daß sie im allgemeinen nicht von demjenigen zu zahlen ist, welcher die Zinsen empfängt, sondern von dem Schuldner. Damit ist eine Erhebungsort in unser Steuerwesen eingefügt worden, die man bisher in Deutschland nicht gekannt hat. Wir sind in Deutschland gewohnt, daß bei den großen direkten Steuern der Steuerzeitpunkt ins Haus gebracht wird, und der Steuerpflichtige dann eine Erklärung abgibt, wieviel Einkommen oder Vermögen er besitzt. In England kennt man eine Erhebung der Steuer an der Quelle schon seit langem: Dort werden im Rahmen der Einkommensteuer alle die Beträge, die aus dem Kapital usw. fließen, gleich beim Schuldner erfasst und dem Gläubiger wird nun der um die Steuer gekürzte Betrag zugewiesen. Dieses System hat zur Folge, daß die Steuerentziehung außerordentlich viel einfacher ist als bei den Einkommensteuererklärungen. Bei der Kapitalertragssteuer ist es nun eine verhältnismäßig leichte Sache, die Steuer sofort beim Schuldner zu erheben. Derjenige, der eine Kapitalrente einem Dritten zu zahlen hat, muß 10 Prozent der entsprechenden Summe direkt an das Finanzamt abführen, erhält dort eine Bescheinigung über die gezahlte Steuer und muß dann diese Bescheinigung dem Gläubiger zuwenden. Auf diese Weise wird der Kapitalertrag jeweils um 10 Prozent gekürzt, und das Reich kommt verhältnismäßig leicht und vor allem sicher zu seiner Steuer. Bei Erträgen aus Aktien usw. ist die Sache noch viel einfacher, indem die Dividenden oder Zinsscheine nur in dem gekürzten Betrag ausgezahlt werden. Wichtig ist dabei noch, daß durch eine solche an der Quelle erhobene Steuer auch jene Kapitalerträge erfasst werden, die ins Ausland fließen. Hat also jemand Kapital ins Ausland gebracht, z. B. deutsche Aktien usw. und dort bei einer ausländischen Bank hinterlegt, so kann er dadurch der Kapitalertragssteuer nicht ausweichen.

Damit nun die Gläubiger es nicht versuchen, durch entsprechende Verträge gegenüber ihren Schuldnern, den letzten die Steuer aufzuwälzen, bestimmt der § 8 des Gesetzes, daß eine Vereinbarung, wonach der Schuldner die Steuern zugunsten des Gläubigers übernimmt, nichtig sein soll.

Die Kapitalertragssteuer wird verhältnismäßig hohe Erträge bringen; naturgemäß ist auch hier eine gewisse Zeit notwendig, bis sie sich einfährt. Vor allem wird es anfangs immer wieder Fälle geben, in denen die Schuldner, die ja die Steuer zu erlegen haben, über den Inhalt des Gesetzes nicht genügend unterrichtet sind. Da bei dieser Steuer eine direkte Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung usw. nicht erfolgt, so ist eine entsprechende Auffklärung des Publikums besonders wichtig.

Ein gefalztes Fischgeschäft.

60 Millionen Verlust.

Die Zeitung „Deutsche Reichspost“ erzählt von dem Anlauf grüner Heringe in Norwegen durch die Reichsfischstelle wie folgt:

Die faulste zweihunderttausend Risten mit zirka 100 Pfund Inhalt pro Riste zu einem Preise von 33 Kronen pro Riste. Die Heringe waren noch nicht gefangen. Sie schwammen noch! Schon die nächsten Tage machten eine Katastrophe von noch nie dagewesenem Umfange: es vollzogen sich derartige Ristenfänge, daß die Heringe in der Riste schon mit 2 Kronen pro Riste, verkauft wurden! Nicht genug damit, daß die Reichsfischverwertung G. m. b. H. bezw. ihre Tochtergesellschaft, die Reichsfischverwertung G. m. b. H. in Altona, die Riste mit 33 Kronen bezahlen mußte, ließen die Norweger, da sie von Lieferungsverträgen befreit waren, Dampfer auf Dampfer mit den leicht verderblichen grünen Heringen nach Deutschland laufen. Die Reichsfischverwertung G. m. b. H. erlitt ein Entsetzen. Sie ließ die Verkaufspreise fallen, um lieber einen Verlust zu erleiden, als mit dem Absatz ins Stoden zu geraten. Es nützte nichts. Die erregte die Preise weiter. Es verschlug nichts. Die ersten Heringe des Deutschen Reiches waren mit grünen Heringen bedeckt. Alle Abfuhrstellen der Heringe waren verstopft — und es kamen immer noch neue mit grünen Heringen beladene Dampfer aus Norwegen. Die Reichsfischverwertung G. m. b. H. verzweifelte. Sie griff zum einzigen Hilfsmittel: sie salzte, salzte, salzte. Aber es half nichts. Die Heringe gefalzt. Sie wurden mariniert. Sie wurden geräuchert. Als „Krautkaviar“ wurden sie auf den Markt und wurden für manchen Wohlhabenden zum Essen. Die 1/2 Pfund schweren Fische waren zu teuer. Alle Kühlhäuser waren überfüllt, wo solche nicht vorhanden waren, stanken die Kistenbühnen zum Himmel. Die Periode der „Krautkaviar“ wird noch länger dauern. Der Preis einer einzelnen Riste auf 33 Kronen festgesetzt worden. Die Preise sofo-

ren schon nach dem Beginn der Fänge auf 2 Kronen gefallen. Konzentriert man aber schon einen Preis von 1, 5, ja sogar 10 Kronen pro Riste, so ergibt die Rechnung bei 200 000 Risten: 23 x 200 000 gleich 4 600 000 Kronen oder nach dem jetzigen Stand der Valuta zirka 60 Millionen Mark Verlust. Diesen Verlust wird das deutsche Volk zu tragen haben, weil ein verurteilter Vertreter Riste kaufte als sie noch schwammen, weil er keine Lieferungsfrist vereinbarte und weil er die Preise der Marktlage ignorierte.

Die Haare stehen einem zu Berg, wenn man das liest. Hoffentlich klärt die Regierung diese Dinge reiflich auf und macht dem Volke Mitteilung von dem Ergebnis.

Volkswirtschaftliches.

Die Ablieferungsprämie. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat verfügt, daß für zu Saatweiden geliefertes Brotgetreide und Gerste die Ablieferungsprämie ebenfalls gezahlt wird. Die noch zu zahlende Prämie beträgt für Wintergetreide 300 Mk., für Sommergetreide 100 Mk. die Tonne. Für das Sommergetreide werden 100 Mk. gezahlt, da bei Festsetzung der Höchstpreise 200 Mk. von der in der Verordnung vom 18. Dezember 1919 vorgesehenen Ablieferungsprämie bereits eingerechnet sind.

Die deutschen Kohlenlieferungen. Die Verhandlungen, die zwischen Vertretern Frankreichs, Hollands und Deutschlands über die deutschen Kohlenlieferungen an Holland geführt worden sind, sind, wie der Kohlenkommission der Entente aus Essen mitgeteilt wird, damit beendet, daß Frankreich und Italien eingewilligt haben, die Menge der auf Grund des Friedensvertrages zu liefernden Kohlen zu verringern. Aber auch die so reduzierte Menge, auf deren Lieferung Frankreich und Italien bestehen, könnte erst von Deutschland geliefert werden, wenn die deutsche Kohlenproduktion mindestens um ein Drittel erhöht würde. Da Frankreich erklärt hat, daß es auf die ihm zustehende Menge mit aller Bestimmtheit rechnen und auch die notwendigen Maßnahmen für den Versand der Kohlen selbst treffen wird, so ist es Deutschland unmöglich, noch Kohlen an Holland oder andere neutrale Länder weiter zu liefern.

Der Reichswirtschaftsrat. Bekanntlich hat vor einigen Tagen der Reichsrat die Bildung des Reichswirtschaftsrates in der Form beschlossen, wie sie vom Reichswirtschaftsministerium vorgelegt war. Der Reichswirtschaftsrat soll bestimmungsgemäß innerhalb zweier Monate nach Inkrafttreten der Verordnung zusammentreten. Ueber seine Zusammensetzung erzählt die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ an unterrichteter Stelle, daß ihm u. a. 62 Industrievertreter angehören werden. Von diesen werden 20 nach territorialen Gesichtspunkten nominiert, je 2 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer werden von der Zentralarbeitsgemeinschaft der deutschen Industrie, je 2 Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom Reichslandvolk, je einer vom Reichslandrat präsentiert.

Reichskohlenrat. Am 11. und 12. d. M. findet in Berlin die Sitzung des Reichskohlenrates statt, die voraussichtlich eine eingehende Erörterung der Kohlenwirtschaft bringen wird. Besonders stehen die Brennstoffverhältnisse und der Handel mit Kohlen zur Debatte.

Landwirtschaftliches.

Verkehr mit künstlichem Dünger. Der Nationalversammlung ist der Entwurf einer Verordnung gegangen, dem außer bei den Erzeugern und Händlern mit künstlichen Düngemitteln auch in Landwirtschaftskreisen großes Interesse entgegengebracht werden dürfte. Es soll zur Überwachung der Verordnung über den Verkehr mit künstlichen Düngemitteln ein Reichsdüngermittelamt in Berlin gebildet werden. Dies soll die Überwachung und Durchführung aller über künstlichen Düngemittel erlassenen Vorschriften und gegebenenfalls auch die Regelung des Absatzes und des Handels mit diesen Düngemitteln übernehmen. Das Reichsdüngermittelamt soll dem Reichsernährungsminister unterstellt werden, und soll sich zusammensetzen aus Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels. Das Reichsdüngermittelamt soll berechtigt sein, bei allen Erzeugerwerken von künstlichen Düngemitteln sowie bei Genossenschaften und Händlern, die damit handeln, die Erzeugung und den Absatz der Düngemittel zu prüfen und alle Unterlagen zur Prüfung zu verlangen. Ferner soll es das Recht haben, die Schließung unzuverlässiger Betriebe zu verlangen oder selbst vorzunehmen; desgleichen die Geldstrafen, welche in den Verordnungen über den Verkehr mit künstlichen Düngemitteln, sowie in den von ihm selbst erlassenen Verordnungen vorgesehen sind, festzusetzen; ferner kann es die Eingliederung der Gegenstände anordnen, auf die die strafbare Handlung sich bezieht. Zuwiderhandlungen gegen die von dem Reichsdüngermittelamt auf Grund dieser Verordnung erlassenen Bestimmungen, sowie alle Handlungen, welche eine Nachprüfung oder Beaufsichtigung durch das Reichsdüngermittelamt oder durch deren Beamte oder Beauftragte zu verhindern geeignet sind, werden mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht. Die Vertriebsunternehmer und Geschäftsführer können die in ihren Diensten stehenden Angestellten oder sonstigen Personen haftbar gemacht werden.

Gerste für Schweine. Wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, kann eine Abgabe von Gerste an solche Schweinezüchter die selbst keine Gerste erzeugen, nicht in Frage kommen. Für derartige Abgabe wären rund 51 400 Tonnen Gerste notwendig. Da die Anlieferungen an Brotgetreide immer noch gering sind, und die ebenfalls knappen Gerstenerträge nahezu ausschließlich zur Brotbereitung verwendet werden müssen, kann die Reichsregierung dem mehrfach geäußerten Wunsch der Zuchtjungenbesitzer, die nicht Gerstenerzeuger sind, sie mit Gerste zu beliefern, nicht entgegenkommen.

Kleine Chronik.

Weinwucher. Vor dem Buchergericht in Frankfurt hatten sich 11 Weinhändler wegen Aktienhandels zu verantworten. Die zu 8400 Mark angekauften 19 Fuder Rotwein sind durch die Tätigkeit der Angeklagten schließlich auf 79 900 Mark verteuert worden. Der Hauptangeklagte, Weinhändler Schönab, erhielt 4 Wochen Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe. Von 8400 auf 79 900 ist einfach eine Schandtat!

Eisenfunde. Bei Osterwied im Harz wurden große Eisenvorkommen festgestellt. Eine westfälische Industriegesellschaft begann sofort mit dem Bau eines Stollen um die Vorkommen zugänglich zu machen.

Eisenbahndiebstahl. Der Überwachungsabteilung bei der Breslauer Eisenbahndirektion gelang es im Verein mit der Ortspolizeibehörde in Neutisch bei Breslau Diebstahl größerer Umfanges aufzudecken. Es handelt sich um bandenmäßige Plünderungen aus zwischen Hochborn und Neutisch fahrenden Zügen. Bisher sind drei Eisenbahnbedienstete verhaftet. An den Plünderungen sind außerdem beteiligt bzw. durch Geheile mit schuldig ein Schrankenwärter und sechs Privatpersonen. Das gestohlene Gut konnte nur im Werte von dreitausend Mark beschlagnahmt und geborgen werden, da die Bandendiebstahl schon seit Ende Dezember v. J. ausgeführt werden und die geraubten Gegenstände, meistens Stoffe, Wein und sonstige Kleidungsstücke von den Dieben sofort verkauft worden waren.

Autounfall. Aus Berlin wird berichtet: Ein Auto, in dem sich Admiral Orini, der Vorgesetzte der Marine-Kontrollkommission mit seiner Gemahlin, seiner Tochter und dem Adjutanten Oberleutnant Kraus, befanden, erlitt einen Autounfall und überfiel sich. Die Insassen wurden herausgeschleudert, Admiral Orini wurde ziemlich schwer, sein Adjutant etwas leichter verletzt, während die Gattin des Admirals unverletzt blieb und die Tochter leicht verletzt wurde.

Rassenraub. In Münster haben Einbrecher aus der Bahnhofskasse 350 000 Mark gestohlen, die für Lohnzahlungen bestimmt waren.

Eine neue Krankheit. Aus Halle wird berichtet: In wenigen Tagen hat in Kriern (Provinz Sachsen) eine bössartige Epidemie eine große Anzahl von Opfern gefordert. Die Krankheit beginnt mit Grippeerscheinungen, an die sich Bauchschmerzen und nachfolgender Herzschwäche anschließt. Dies geschieht meist am dritten oder vierten Tage des Krankseins, an dem auch bisher die meisten Todesfälle eingetreten sind.

Eine neuartige Steuer. Die Tempelhofer Gemeindevertretung beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit der vom Gemeindevorstand neu eingebrachten Betriebszwecksteuer. Die neue Steuer soll die Eröffnung jedes in der Gemeinde angemeldeten Gewerbebetriebs mit bestimmten Zöhen belegen. Beabsichtigt ist, Gewerbebetriebe ohne Personal von der Steuer zu befreien. Die Gemeindevertretung beschloß, die neue Steuerentwurf durch einen Ausschuss einer weiteren Prüfung zu unterziehen.

Keine verbilligten Fahrten. Wie wir hören, lehnt das Reichsverkehrsministerium aus finanziellen und demokratischen Gründen die Bewilligung von Entzügen auf Fahrpreismäßigungen in Zukunft für alle Fälle ab. Auch ist nicht beabsichtigt, Sonderzüge im Sommer zu ermäßigten Preisen zu fahren. Alle Reisenden müssen gleichmäßig herangezogen werden.

Glückliche Gemeinden. Eine ungeheure Einnahme durch Holzverkauf hat eine Gemeinde Kessel-Ort heim im Bezirk Hofgeismar dazu veranlaßt, den Steuerzahlern Brennholz umsonst zu liefern, ferner keine Steuern zu erheben und jeden Gemeindeglied einen Zuschuß von 400 Mark zu gewähren. Einen ähnlichen Beschluß faßte auch die Gemeinde Heismar. Sie gewährte den Gemeindegliedern einen Zuschuß von 3000 Mk. — Und wir müssen ein Ständgeld für Holz bezahlen. So ist's richtig!

Die städtische Haarschneidestube. Zu einem originellen Kommunalversuch haben die hohen Preise geführt, die jetzt von den Friseurhandlungen erhoben werden. Eine Gemeindehaarschneidestube soll in Mariendorf entstehen. In der Gemeindevertretung wurde für die Einrichtung ein Betrag von 4000 Mark beantragt. Erforderlich sind eine elektrische Haarschneidemaschine für 2000 Mark und verschiedene Gebrauchsgegenstände, wie Scheren, Bürsten, Kämme usw. Die Bedienung wird ein Friseurmeister (er ist wohl gelernter Friseur! D. R.) übernehmen. Die Versammlung genehmigte die erforderlichen Mittel. Der Preis für den Haarschnitt wurde auf 1 Mark für Erwachsene und auf 30 Pfennig für Kinder festgesetzt.

Zur Tagesgeschichte.

Wahlen unter dem Ausnahmezustand.

Von maßgebender Seite erfährt unser Berliner Vertreter: Bei den Regierungen wird gegenwärtig die Frage in Erwägung gezogen, ob es angängig sei, für die Zeit des Wahlkampfes unter Durchführung der Reichstagswahlen den bestehenden Ausnahmezustand aufzuheben. Es scheint aber keine Neigung dazu zu bestehen, denn die Regierungen scheinen darauf hin, daß die Handhabung des Ausnahmezustandes gegenwärtig milde genug sei, um den freien Wahlkampf nicht zu beeinträchtigen. Es ist zwar nicht zu leugnen, daß ganz allgemein eine Beruhigung unter der Bevölkerung eingetreten ist, und daß ernsthafte Ausschüsse nicht im Gange sind. Die gänzliche Aufhebung des Ausnahmezustandes könnte indes dazu führen, daß unmittelbar nach den Wahlen entzündete Kreise ihrer Erregung Luft zu machen versuchen und die öffentliche Ruhe stören. Es wäre dann sehr peinlich, wenn infolgedessen die Regierung zur erneuten Verhängung des Ausnahmezustandes schreiten müßte.

Auslegung der Wählerlisten.

Der Reichsminister des Innern hat durch eine im Reichsanzeiger veröffentlichte Bekanntmachung angeordnet, daß die Wählerlisten der Wahlparteien vom Sonntag, 9. Mai, bis Samstag, 16. Mai, ausgelegt werden müssen. Vor Auslegung der Wählerlisten haben die Gemeindevorstände bekannt zu geben, wo und wie lange die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einspruch gegen die Wählerlisten erhoben werden kann. Die Bekanntmachung hat spätestens am 8. Mai zu erfolgen. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerlisten sind spätestens bis 16. Mai bei den zuständigen Gemeindebehörden einzulegen.

Die deutschen Entschädigungen.

Der „Petit Parisien“ will wissen, daß die Verbündeten bisher nur einen Meinungsaustausch über die Ersetzung ihrer Geschädigten in Berlin durch Vorkaufsergebnisse, aber noch keine Entscheidung getroffen hätten. Immerhin sei kaum anzunehmen, daß die Gesandtschaften vor den deutschen Wahlen wieder befehligt würden. Das Hauptziel in den im Laufe der Woche in London zwischen Chamberlain und den französischen Sachverständigen stattfindenden Verhandlungen werde sein, ein Einvernehmen zwischen Frankreich und England über die deutsche Entschädigung herbeizuführen und den Anteil Frankreichs an den deutschen Zahlungen festzustellen. Offenbar werde man bei diesen Besprechungen, so meint das Blatt, begreifen, daß die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete allem anderen vorzuziehen ist.

Die Wirtschaftskonferenz.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, wird die deutsch-französische Wirtschaftskonferenz voraussichtlich erst nach der Zusammenkunft in Spa, also etwa in der ersten Hälfte des Monats Juni zusammengetreten. Die Vorbereitungen werden noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Auf französischer Seite scheint man noch nicht einig zu sein, da dort noch viele Unklarheiten über das ganze Problem herrschen. Dagegen bemüht sich der französische Handelsminister F. S. a. c. eingehend, die französischen Wirtschaftskreise für die Besprechungen mit Deutschland zu interessieren.

Der Völkerbund.

Wie wir aus gut informierter Berliner Quelle erfahren, wird Italien mit Unterstützung Englands nach der Zusammenkunft in Spa die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund durchzusetzen versuchen. Sollte das gelingen, so ist es selbstverständlich, daß dann auch ein deutscher Vertreter an der internationalen Regierung des Völkerbundes teilnehmen wird.

Die Amerikaner.

Wie uns aus Washington berichtet wird, sind die erfolglosen Bemühungen amerikanischer Politiker, den Friedenszustand mit Deutschland wieder herzustellen, darauf zurückzuführen, daß die maßgebenden Parteien des Senats auf den Abschluß eines neuen Friedensvertrages mit Deutschland hindrängen. Es ist schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Bemühungen, den Versailler Vertrag in abgeänderter Form vom Senat ratifizieren zu lassen, keinen Erfolg haben werden, und daß Amerika das Friedensproblem auf gänzlich neuer Basis wieder aufrollen muß.

Mächtige Naphthaquellen.

Wie die Prager Blätter melden, wurden in der Nowa in zwei Komitaten so mächtige und ergiebige Naphthaquellen entdeckt, daß die Republik dadurch nach sachverständigen Schätzungen vollständig von der Petroleum- und Naphtha-Einfuhr aus Polen, Rumänien und sogar aus Amerika unabhängig gemacht wird.

Blutige Zusammenstöße in Italien.

Laut „Giornale d'Italia“ wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Carabinieri und Manifestanten ein Polizeikommissar und mehrere Personen schwer verletzt. In Paola (Kalabrien) gab es bei einer Demonstration einen Toten und mehrere Verwundete. In der Provinz Padua verursachte der landwirtschaftliche Streik schwere Zwischenfälle. Man berichtet von einem Toten und mehreren Verwundeten.

Allerlei Nachrichten.

Streik der Arbeitslosen.

Im Deutschen Metallarbeiterverband besteht gegenwärtig eine Krise, die wiederum einen Beweis dafür gibt, wie die Massen den Führern entgegensteht. Die arbeitslosen Metallarbeiter übermittelten dem Verbandsvorstand einen Beschluß, worin sie die Erhöhung der städtischen Erwerbslosenunterstützung auf 12 Mark verlangten. Andernfalls stellten sie den Streik in Aussicht. Der Streik der Arbeitslosen, meinten sie, wäre so zu verstehen, daß sie sich jeder Kontrolle entziehen, die selber aber gewaltsam haben würden. Falls der Vorstand nicht für gerechte Arbeitsvermittlung Sorge, so würden die Arbeitslosen sich für den halben Lohn anbieten. Der Vorstand berief eine Versammlung, um die Gemüter zu beruhigen. Der Bevollmächtigte konnte jedoch sein Referat nicht zu Ende führen, da ein ungeheurer Lärm losbrach und Biergläser und dergleichen gegen das Rednerpult geschleudert wurden.

Die Unzufriedenheit innerhalb des Verbands ist aberhaupt groß. Man wirft dem Verband vor, daß der Verwaltungsapparat immer kostspieliger würde und daß bei der Stellenbesetzung eine Günstlingswirtschaft herrsche. Die beabsichtigte Erhöhung der Beiträge aufs Doppelte stößt auf großen Widerpruch. In der letzten Zeit sind rund 18 000 Mitglieder zur sozialistischen Betriebsorganisation übergetreten. Diese Vorgänge sind natürlich den radikalen Elementen im Metallarbeiterverband Wasser auf die Mühle und können eines Tages zu unliebsamen Überraschungen führen.

Neue Lebensmittel.

Nach dem vor kurzem erfolgten Abschluß des Lebensmittelabkommens mit den Vereinigten Staaten werden die ersten Transporte der zugehörigen Lebensmittel in kürzester Zeit, wie von zuständiger Stelle versichert wird, in den Auslandschiffen Rotterdam und Hamburg eintreffen. Die in Hamburg ankommenden Transporte werden sofort von der zuständigen Reichsstelle in Berlin, der Reichsfleisch- und Fettstelle, übernommen und der Bevölkerung zugeführt werden. Ueber die in Rotterdam ankommenden Transporte verläuft noch nichts Bestimmtes, doch dürften diese vermutlich auf dem Landwege weiter gehen und an der deutschen Grenze ebenfalls von den zuständigen Reichsstellen übernommen werden.

Die Viehablieferung.

Der belgische Abgeordnete Thibaut, der die Ablieferung von Vieh durch Deutschland überwacht, erklärte, daß die Ablieferung in befriedigender Weise verlaufen sei. Er sei überzeugt, daß die deutsche Regierung fest entschlossen sei, die Viehablieferung schnellstens auszuführen. An den Verzögerungen, die durch Streik und die Besetzung Frankfurt eingetreten waren, sei die deutsche Regierung unschuldig.

Russisches Finanzexperiment.

Im „Daily Telegraph“ berichtet ein diplomatischer Korrespondent über ein neues Finanzexperiment der Sowjetregierung wie folgt: Das neueste Experiment der Bolschewisten auf staatsfinanziellem Gebiete besteht darin, daß die Löhne in einer neuen und nur kurze Zeit gültigen Währung ausgezahlt werden. Die Noten sind in für jeden Monat verschiedene Farben gedruckt und jeweils nur für einen Monat gültig. Dies bedeutet, daß der Lohnempfänger regelmäßig seinen ganzen Verdienst durch direkte Einkäufe in den Sowjetläden ausgeben muß, da das Publikum ein natürliches Widerstreben zeigt, solche Noten anzunehmen. Das Ziel dieser Notenausgabe ist dreifach: man will der zunehmenden Inflation und der Verschuldung des Staates begegnen, die Anhäufung privaten Eigentums, sogar in verschlechterter Währung, verhindern und das staatliche Handelsmonopol, das bis jetzt in großem Maßstab umgangen werden konnte, durchsetzen. Man kann auch die Absicht verfolgen, den Arbeiter zu ermutigen, sich in seiner jetzt ziemlich beschränkten freien Zeit zu zerstreuen und die politische und finanzielle Tyrannei, unter der er leidet, zu vergessen. Ueber die Erfolge der Maßnahme, die nur in gewissen Provinzen versucht worden ist, ist noch nichts bekannt geworden.

Der Rest der Handelsflotte.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris überreichte der Reparationskommission eine Denkschrift, in der in Ergänzung der von der deutschen Schiffahrtsdelegation bereits im März 1920 übergebenen ersten Denkschrift gezeigt wird, wie groß die Einflüsse der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war und wie diese Einfuhr sich nach dem Kriege infolge der Wirkungen des Friedensvertrages einschränken mußte. Zugleich zeigt die Denkschrift, daß eine weitere Einschränkung im Hinblick auf die Volksgesundheit, die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und die innere Ruhe und Ordnung nicht möglich ist. Es wird ferner statistisch dargelegt, wie viele von den eingeführten Rohstoffen vor dem Kriege zur See nach Deutschland transportiert worden sind und welche Mengen dementsprechend von dem jetzt verminderten und für Deutschland unbedingt notwendigen Rohstoffbedarf künftig zur See eingeführt werden müßte. Die für den Transport dieser Mengen Rohstoffe erforderliche Tonnage wird alsdann berechnet und gezeigt, daß bei strikter Durchführung des Friedensvertrages 700 000 Tonnen Schiffsraum fehlen würden. In der Erwartung, daß die Hälfte hiervon anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß Deutschland zur Vermeidung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen seines eigenen, zur Übergabe an die Alliierten bestimmten Schiffsraumes auf weitere 2 Jahre belassen werden müsse. Zum Ausgleich für die während dieser Zeit durch die Verminde rung entstehende Verminderung wird die deutsche Regierung einen angemessenen Abschreibungsatz zahlen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Beim Reichswehrministerium laufen täglich Gesuche aus allen Bevölkerungsteilen des Ruhrkohlengebietes ein, die ein weiteres Verbleiben von Reichswehr und Sicherheitspolizei fordern und die der Beförderung vor einem neuen Aufstand Ausdruck geben. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung dauernd bemüht ist, die Ordnung im Ruhrkohlengebiet sicherzustellen, und daher auch wie bekannt, Verhandlungen mit der Entente eingeleitet hat, damit sie hinreichenden Schutz in den bedrohten Gebieten belassen kann.

Die Lage in Düsseldorf.

Die wiederholten Nachrichten von einer Ansammlung bewaffneter Banden in der Gegend von Stöcken und Wersien veranlassen ein gemeinsames Vorgehen der Reichswehr, der Sicherheitswehr und der städtischen Polizei gegen diese Düsseldorf Vororte. Es kam zu Gefechten. Die Rotgardisten verloren zwei Tote. Vier Verwundete wurden auf das besetzte Gebiet abgedrängt, wo sie entwaffnet wurden. Zwölf wurden im besetzten Gebiet gefangen genommen. Zwei Maschinengewehre und mehrere Gewehre wurden ihnen abgenommen.

Eine Militärverschwörung 1918.

Oberst Bauer wollte den Kaiser absetzen.

Karl von Wiegand, der Korrespondent des „New York American“ hat den Obersten Bauer interviewt. Er hat den stiefväterlich verfolgten Obersten im Leben und Treiben einer Stadt getroffen. Bauer hat ihm dabei unter anderem gesagt:

Unter den irrigen Auffassungen ist die allgemeine Fiktion, daß die Oberste Heeresleitung unbezogen auf Deutschlands politische und militärische Maßnahmen absolute diktatorische Macht besessen habe, während sie in

Wirklichkeit nicht einmal auf militärischem Gebiete die Entscheidung hatte. Die Oberste Heeresleitung war ja nur eine von den acht Instanzen, die den Kaiser umgaben. Der Generalstab mußte oft um das Notwendigste betteln, und auf die wichtigsten Entscheidungen mußten wir mißtrauen wochenlang warten. Man konnte den Kaiser nicht zu einer Entschlußfassung bringen. Im Januar 1918 erklärte ich Ludendorff, daß der Kaiser abgesetzt werden müsse, denn der Ausgang des Krieges sei gefährdet, und drang darauf, daß diesbezügliche Schritte getan würden.

Wiegand fügt hinzu, daß der Plan an Hindenburgs unerklärlicher Position gescheitert sei. Diese und andere Schilderungen sollen in einem Buche an dem Bauer zur Zeit arbeitet, enthalten sein.

Der Polenfeldzug.

Zum Kriege gegen Sowjetrußland erklärt der ukrainische Gesandte in Berlin, die große polnisch-ukrainische Offensive gegen die Sowjettruppen in der Ukraine, die bereits erhebliche Erfolge zeitigte, scheint der Auslastung zu einem umfassenden politischen und militärischen Vorgehen gegen Sowjetrußland zu sein. Nachstehende Unterredung mit dem Berliner ukrainischen Gesandten Dr. Borsch wirft bemerkenswerte Schlaglichter auf die treibenden Kräfte dieses Unternehmens, dessen Tragweite heute noch nicht zu übersehen ist:

Der gemeinsame Vormarsch der ukrainisch-galizisch-polnischen Truppen gegen die Sowjettruppen in der Ukraine ist das Resultat langer und sorgfältiger Verhandlungen zwischen der ukrainischen Direktorialregierung Petluras und der polnischen Regierung, die in einem Vertrag niedergelegt sind. Die Sicherung der nationalen Selbständigkeit der Ukraine ist der wichtigste Punkt des Vertrages mit Polen. Er bedeutet eine völlige Aenderung der bisherigen polnischen Außenpolitik. Polen hat noch in dem Friedensangebot an Rußland für die Wegrenzung seines Territoriums die Grenzen des polnischen Reiches von 1772 gefordert. Das ist jetzt zum mindesten, was die Ukraine anbetrifft, nach diesem Vertrag geändert. Die östliche, südliche und nördliche Grenze der Ukraine werden durch die Verhandlungen mit den Nachbarn festgelegt werden. Im Westen hat Deutschland ein wirtschaftliches Loch, wir haben uns ein politisches Loch nach dem Westen geschaffen. Wir haben uns als Realpolitiker dazu verstehen müssen, einige galizische Gebiete, die unbedingt ukrainischer Nationalität sind, den Polen zu überlassen. Wir gewinnen dafür aber die politische Selbständigkeit der Ukraine und die Möglichkeit unser Land nach der endlosen Kriegszeit wirtschaftlich, sozial und politisch aufzubauen. Man muß wissen, daß die erste Bolschewikenherrschaft Denikin's am Widerstand der ukrainischen Bauern gescheitert ist. Auch heute erstreckt sich die Herrschaft der Bolschewiken lediglich auf einzelne große Städte. Ihre Truppenmacht ist klein. Die Offensive wird durch diesen Umstand sehr erleichtert. Außer unseren ukrainischen und galizischen Truppen, die sich den Polen angeschlossen haben, befinden sich etwa 30 000 Mann weißer Odeskas. Diese Truppen waren aus taktischen Gründen zur roten Armee übergegangen und haben sich jetzt unserer Offensive angeschlossen. Da sich außerdem auch noch im Norden von Odesa ukrainische und galizische Truppen befinden, so erwarten wir in wenigen Tagen die Eroberung Odesas durch unsere Truppen. Rußland ist bereits seit dem 1. Mai in unseren Händen, was selbst amtliche deutsche Stellen bestätigt haben. Ich sehe voraus, daß die ukrainische und polnische Regierung eine so bedeutende politische Aktion nicht ohne Wissen und Willen der Entente unternehmen werden. Wir persönlich haben ein rein national-ukrainisches Interesse bei dem Vormarsch im Auge. Der Wert des Vertrages mit den Polen liegt außer dem Erfolg des Vormarsches für uns darin, daß die Entente das Unternehmen billigt, denn das bedeutet de facto die Anerkennung der ukrainischen Selbständigkeit und der Direktorialregierung Petluras.

Nachdem befruchtet die Presseauslegungen über die russisch-polnische Lage. Der Endsiege sei nicht zweifelhaft, aber man müsse ihn mit möglichst geringen Kosten und so rasch wie möglich herbeiführen. Rußland müsse alle seine Kräfte anstrengen, wenn nötig auch unter teilweisem Verzicht auf sein großes wirtschaftliches Programm. Mit halben Maßregeln sei nichts zu machen. Polens zukünftiger Erfolg spanne die Gegenrevolution zu neuen Unternehmen an. Er beeinträchtige sicherlich die angestrebten Wirtschaftsverhandlungen mit der Entente. Die trassen Gegenstände in Polen würden erst nach einer Niederlage voll zur Geltung kommen. Sofort nach der ersten schweren Niederlage würde es zu schweren Kämpfen zwischen den polnischen Parteien kommen. Jeder Versuch, Krieg zu führen und zugleich das große Wirtschaftsprogramm durchzuführen, würde nur den Sieg verzögern.

Oberschlesien.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, besteht bei den Alliierten die Absicht, mit Beschleunigung den Termin der Volksabstimmung in Oberschlesien festzusetzen, damit die dort bestehende höchst gefährliche Spannung beseitigt wird. In Oberschlesien haben die deutsch-polnischen Gegenstände eine derartige Zuspitzung erfahren, daß die Alliierten den Ausbruch ernsthafter Verwicklungen befürchten müssen, wenn nicht bald nach einer Richtung hin eine Entscheidung fällt, die die nötige Entspannung zur Folge hat. Im übrigen ist die Stimmung der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, die sehr radikal sind, entschieden gegen Polen. Die Kommunisten spielen sogar mit dem Gedanken, durch einen ober-schlesischen Bergarbeiterstreik die Kohlenzufuhr nach Polen zu unterbinden, damit die polnische Angriffslust gegen die Bolschewiken gehemmt wird.

Aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 4. Mai. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandskommission durch eine besondere Verordnung die Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. Oktober 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 1801), auf welcher die Einrichtung der Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete beruht, zur Anwendung zugelassen. — Durch diese Verordnung ist das Verhältnis der Reichsvermögensverwaltung zu den alliierten Behörden geregelt.

Saarbrücken, 4. Mai. Wie der „Neue Saarfurter“ mitteilt, hat die Vereinigung französischer Industrie- und Handelsreisender im Saargebiet eine Handelskammer gegründet. Die Versammlung wählte den Vorstand und Unterausschuß für die verschiedenen Teile des Handels und der Industrie.

Die Forderungen der Krankenkassen. In den von den Ortskrankenkassen aufgestellten neuen Fortberichten des Grundlohnes erhöhen, berichtet der „Berliner Volkszeitung“, daß für die höchste, jetzt einbezogene Einkommensklasse mit 15 000 Mk. demgemäß 1050 Mk. Beiträge zu zahlen seien, also mehr als die meisten Angestellten jährlich für ihre Krankheit ausgeben. Dazu kommt bei 15 000 Mk. Einkommen noch eine reguläre Reichs-einkommensteuer von 2300 Mk.

Im Kohlenbergbau im Ruhrgebiet brohen, wie unser Berliner Vertreter erfährt, neue schwere Lohnkämpfe, nachdem die Bergarbeiterverbände zum 31. Mai den bestehenden Tarifvertrag gekündigt haben. Die Radikalen wollen es aufeinander auf einen neuen Streit ankommen lassen, während die Regierung eifrig dafür plädiert, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Der Ausgang der höchst gefährlichen neuen Lohnbewegung wird davon abhängen, ob es gelingt, eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern herbeizuführen.

Der Arbeitsmarkt. Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im Monat März berichtet das jetzt erscheinende Aprilheft des „Reichs-Arbeitsblattes“:

Die politischen Ereignisse, die sich um die Mitte des Monats abspielten, der durch sie zum Ausbruch gebrachte Generalstreik und die nachfolgenden Unruhen haben ihre Wirkung auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes nicht verfehlt. Die im Februar erkennbare Besserung, die sich noch über die ersten Märzwochen fortgesetzt hatte, wurde unterbrochen. Anstatt sich durch Uebersichten, auf die so große Hoffnungen gesetzt waren, zu steigern, sank die Rohlenförderung zeitweise auf ein kaum nennenswertes Quantum; Störungen und Arbeitsausfälle traten in fast allen Betrieben der hauptsächlich von den Wirren betroffenen Gewerkschaften ein. Auch nachdem die unmittelbaren Folgen der Unruhen in den wesentlichen Teilen überwunden waren, blieb noch vielfach eine starke Beunruhigung sowohl in Arbeiter- wie auch Unternehmerkreisen zurück.

Die Abnahme der Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen hat sich im März in bisheriger Weise fortgesetzt. Den Berichten der Demobilisationskommissionen zufolge gab es im Reich am 1. April im ganzen 331 116 unterstützte Erwerbslose gegen 368 011 am 1. März. Von der ersten Zahl entfielen auf das männliche Geschlecht 259 675 (im Vormonat 285 568), auf das weibliche 71 441 (im Vormonat 82 443). Die Zahl der Familienangehörigen betrug am 1. April 313 196 gegen 343 627 am gleichen Tage des Vormonats.

Das Arbeitsangebot bei den öffentlichen Nachweisen zeigt zwar im ganzen genommen eine Abnahme — auf je 100 offene Stellen entfielen im März 162 männliche und 83 weibliche Arbeitsjünglinge gegen 174 und 91 im Vormonat — doch war die Entwicklung bei den einzelnen Industriezweigen keine gleichmäßige. Einen wesentlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zeigte nur das Spinnstoffgewerbe und das Baugewerbe: auf je 100 offene Stellen 323 männliche und 273 weibliche Angebote gegen 353 Stellen bzw. 308 im Vormonat. Bei dem Baugewerbe stellte sich die Abnanziffer auf 175 gegen 231 im Februar. In der Metallindustrie ging das Angebot männlicher Arbeiter zurück, das der Arbeiterinnen stieg. Bei den übrigen Gruppen hielt sich die Abnahme der Stellensuchenden in engen Grenzen. Eine allerdings nicht sehr starke Zunahme der Arbeitsjünglinge zeigen außer Nahrungs- und Genussmittelindustrie die Holzindustrie und das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe. Auch im Bergbau war eine Steigerung des Arbeitsangebots festzustellen, wenn es auch den Bedarf nicht im entferntesten erreichte; auf 100 offene Stellen für Männer kamen im Berichtsmonat 71 Arbeitsjünglinge gegen 56 im Februar; Arbeitsangebot weiblicher Kräfte bestand hier nicht.

Kleine Meldungen.

Amsterdam. Der Bericht der „Times“ in Konstantinopel meldet, daß Bakur nach kurzer Verhinderung in die Sowjettruppen übergeben wurde. Es befinden sich sechshundert Mann von der Roten Armee in der Stadt. Außerdem steht eine Truppenabteilung in Achamas in der Nähe der Eisenbahnlinie Bakur-Tiflis.

Paris. Nach einem Sabotagebericht haben die mexikanischen Rebellen Suarez genommen und sind mit neuen Kräften im Anmarsch auf Chihuahua.

Paris. Das „Journal“ stellt fest, daß der Zeitpunkt der Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George, um über das Programm von Spaai zu beraten, noch nicht festgelegt ist. Auch weiß man nicht, wo die Zusammenkunft stattfinden soll.

Kristiania. „Sozialdemokraten“ veröffentlicht ein Moskauer Radiotelegramm vom 30. April, wonach die gegenwärtige polnische Offensive auf Betreiben der Entente einmal der Franzosen erfolge.

Berlin. Der Abgeordnete Emanuel Wurm (U. S. P.) ist gestorben.

München. Der „Bayerische Kurier“ erfährt von zuverlässiger Seite, daß Erzberger entgegen allen anderen Meldungen bei der Reichstagswahl in seiner schwäbischen Heimat wieder kandidieren werde.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, den 6. Mai.

An unsere Leser!

In letzter Zeit häufen sich am Morgen des Ausgabes die Inserate derart, daß die Herausgabe unserer Zeitung oftmals verzögert wird. Wir müssen nochmals dringend bitten, alle größeren Inserate und Einblendungen am Tage vorher, bis nachmittags 4 Uhr, einzuliefern. Dagegen können kleine Inserate und Todesanzeigen am Ausgabetag, morgens bis 8½ Uhr, noch Aufnahme finden.

In Zukunft werden unsere Träger das Zeitungsgeld in der Zeit vom 10. — 20. jeden Monats erheben. Wir bitten den Boten bei Vorzeigen der Quittung den Beitrag auszubringen zu wollen; damit unnötige Botengänge erspart werden.

Abholer müssen ohne Aufforderung jeden 15. eines jeden Monats das Zeitungsgeld entrichten.

Nassauer Anzeiger.

Auszeichnung. Herrn Polizeiwachmeister Hermann wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Beförderung. Die Beförderungsstelle Ober-Inspektoren hält am 14. und 28. Mai im hiesigen Rathaus Kaufmanns- und Beratungsfunktionen ab.

Schöffengerichtssitzung am 6. Mai. A. D. von Nassau wird wegen Vergehens gegen die Reichsgetreideordnung zu 20 Mk. Geldstrafe erst. 2 Tagen Gefängnis verurteilt. — H. L. aus Frankfurt-Rödelheim wird von der Anklage wegen Hausfriedensbruch freigesprochen. — R. M. aus Singhofen wird von der Anklage betr. Diebstahl einer Maulwurfsfalle freigesprochen. — Ehefrau M. Sch. aus Dausenau wird der Teilnahme an einem Forstdiebstahl nicht für überführt erachtet und freigesprochen.

Wir erhalten folgende Zuschrift zur Veröffentlichung:

Auf zur Hohenlay bei Nassau.

Da wir Turner des Unterlahnbezirks an der am 9. Mai 1920 stattfindenden Gaurturnfahrt des Lahn-Dill-Gaues nach dem Heidehäuser bei Hadamar nicht teilnehmen können, werden wir eine Turnfahrt nach der Hohenlay bei Nassau machen. Es ergeht daher an Euch alle die Bitte Euch an dieser Turnfahrt recht zahlreich zu beteiligen, damit wir den Vereinen der oberen Lahn, des Westerwaldes und der Dill zugehen können, daß auch bei uns Turnern der unteren Lahn noch rechte Lust und Liebe zum Wandern vorhanden ist. Also nochmals, erscheint in großer Zahl am 9. Mai 1920, vormittags 8½ Uhr, auf der Hohenlay bei Nassau a. d. Lahn.

Hinweis. Auf die heute abend im Gasthaus „Zum Hirsch“ (Paulus) stattfindende Verammlung der Ortsgruppe Nassau der Deutschen Volkspartei wird an dieser Stelle nochmals hingewiesen.

Vom Reichskursbuch wird Anfang Juni eine neue Ausgabe zum Preise von 16 Mk. erscheinen. Interessenten können es beim hiesigen Postamt bestellen.

Von der Post. Von jetzt ab können Postpakete (d. h. Pakete bis zum Gewicht von 5 Kilogramm) ohne Wertangabe nach Spanien auch zur Beförderung über Hamburg mit direkt nach Spanien fahrenden deutschen Schiffen angenommen werden. Ueber alles Nähere erteilen die Postanstalten Auskunft. — Nach Ungarn sind fortan gewöhnliche und eingeschriebene Briefe wieder gelassen zugelassen. Die Einfuhr ungestempelter österreichisch-ungarischer Banknoten ist verboten und wird in Ungarn schwer bestraft.

Miffelberg, 6. Mai. Unserem Bürgermeister Herrn Kreidel wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Schweighausen, 5. Mai. Dem Gemeindevorstand Herrn August Pfeifer wurde das Verdienstkreuz verliehen.

Eingefandt.

Seit Jahr und Tag wird in Elternkreisen unseres Städtchens Klage geführt über die höchst ungeeignete Zusammenführung der städt. Schuldeputation, als einer Organisation, die über das Wohl und Wehe unserer Schule bisher zu entscheiden hatte und auch trotz Elternbeitrat in Zukunft die maßgebende Körperschaft zu bleiben scheint. Nicht eines der Mitglieder hat zur Zeit auch nur 1 Kind selbst in die Schule gehen. Und das müßte in unserer vielgepriesenen demokratischen Zeit Vorbedingung sein für die Mitgliedschaft wenigstens der nicht zur Schule zählenden Kandidaten. Um diesem Schaden abzuhelfen, wählte man vor einiger Zeit ein weiteres Mitglied mit schulpflichtigen Kindern. Nachdem die Wahl getätigt war, stellte es sich aber heraus, daß diese Kinder bereits lange aus der Schule sind. Mutet das nicht schuldiger als ein Mitglied? Nun hatte man dieser Tage ein „sachkundiges“ Mitglied für dieselbe Körperschaft zu wählen. Allerdings tagt dieselbe stets, — oder besser gesagt — ein- und zweimal im Jahr in aller Stille unter Ausschluß der öffentlichen Meinung. Und siehe da, es fand sich in Nassau nur noch 1 f a c h k u n d i g e s Mitglied, und zwar in der Person des dritten Pfarrers, d. h. wir haben unter den Mitgliedern der Körperschaft 3 Pfarrer — sage und schreibe — und außer dem Schulleiter einen einzigen Lehrer! Nun möchte ich einmal die Herren Wähler gefragt haben, wen sie etwa bei Beurteilung eines Baues zu Rate ziehen? Ich denke doch einen Baumeister und nicht etwa einen Bäcker- oder Schuhmachermeister! Und in einer so wichtigen Sache wie dieser, geht man von jeder vernünftigen Richtschnur ab, um, wie es scheint, nicht einen „Unbequemem“ zu treffen.

Ich erkenne es völlig an, daß von allen weiteren Mitgliedern gerade die Pfarrer die berufensten sind, und das noch bestehende Geheiß sagt das selbe. Aber mit zwei Pfarrern wäre es doch wirklich genügend gewesen. Und wenn ausdrücklich ein sachkundiges Mitglied gewählt werden sollte, weshalb denn wählt man nicht wirklich ein solches in der Person eines Lehrers, oder eignet sich ein solcher nicht dafür? Und haben wir nicht Lehrer, die ebenfalls und obendrein als Eltern in Betracht kommen? Lag es nicht auch an der interessenlosen Zusammenführung der Schuldeputation, daß so wichtige Fragen wie die Schulartz- und Zahnarztfrage und noch manche andere bis heute nicht gelöst sind? Das kleinste Dörfchen auf dem Westerwald war uns bis heute darin über. Die neuesten Krankheitserscheinungen unserer Tage auf schulpolitischem Gebiet werden vielfach von Hartnäckigkeit noch übertrifft von manchem chronisch gewordenen reaktionären Leiden.

Nachrichten des Wirtschaftsamt der Stadt Nassau.

Reichsware.

Es ist Baumwollstoff erhältlich. Preis per Meter 9,20 Mk. Die Ware eignet sich zur Herstellung von Schürzen, Kinderkleidern, Portieren, Tischdecken usw. Muster ist in dem Geschäft der Frau Wilh. Maul Ww. ausgelegt. Dieses Geschäft nimmt am **Samstag, den 8. Mai 1920**, auch Bestellungen entgegen. Bestellung verpflichtend zur Abnahme.

Gottesdienstordnung

Sonntag, den 9. Mai 1920:

Evangel. Kirche Nassau.

Vorm. 10 Uhr: Herr Pfr. Lic. Freisenius. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Nachm. 2 Uhr: Herr Pfr. Moser. Christenlehre für die weibliche Jugend. Die Amtshandlungen hat Herr Pfr. Lic. Freisenius.

Samstag, den 8. Mai, abends 8½ Uhr, findet die Vorbereitung für den Kindergottesdienst statt. Kathol. Kirche Nassau.

Vorm. 7½ Uhr: Frühmesse. 10 Uhr: Hochamt. Abds. 8 Uhr: Marien-Andacht.

Dienethal.

Vorm. 10 Uhr: Predigt. Nachm. 2 Uhr: Christenlehre.

Obernhof.

Vorm. 10 Uhr: Predigt.

Bekanntmachung.

Betrifft: Brot- und Mehlpreisfestsetzung.

Die Einfuhr ausländischen Getreides zu hohen Preisen, die Erhöhung der an die Landwirtschaft zu zahlenden Lieferprämien und der Mahllöhne der Mühlen, sowie die Steigerung der Gesehungskosten im allgemeinen haben bei der Reichsgetreidestelle einen Milliarden-Fehlbetrag verursacht. Da es ausgeschlossen war, diesen Fehlbetrag auf das Reich zu übernehmen, mußte eine bedeutende Erhöhung der Mehlpreise vorgenommen werden, um den Fehlbetrag wenigstens teilweise zu decken. Die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände, zu denen der Unterlahnkreis gehört, werden zur Deckung des Fehlbeitrages dadurch herangezogen, daß sie auf jeden Doppelzentner Getreide, den sie vom 3. Mai ab verbrauchen, Mk. 120 an die Reichsgetreidestelle abführen müssen. Diese Maßnahme treibt auch im Unterlahnkreise die Mehlpreise wesentlich höher, wodurch naturgemäß auch eine bedeutende Erhöhung des Brotpreises verursacht wird.

Der Kreisausschuß hat daher nach Anhörung des Versorgungsausschusses auf Grund der §§ 59, 60 und 80 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 — R.-G.-Bl. S. 535-562 — mit Wirkung vom Montag, den 3. Mai d. Js. ab für den Unterlahnkreis die Brot- und Mehlpreise wie folgt neu festgesetzt:

1. für Roggenbrot, am ersten Tage gewogen 4 Pfd. schwer, 4,20 Mk.,
2. für Roggenbrot, am ersten Tage gewogen 2 Pfd. schwer, 2,10 Mk.,
3. für Weizenschrotbrot, am ersten Tage gewogen 4 Pfd. schwer, 4,40 Mk.,
4. für Weizenbrot für Kranke, am ersten Tage gewogen 1400 Gr. schwer, 3,40 Mk.,
5. für Brötchen, frisch 70 Gr. schwer, 0,25 Mk.,
6. für Roggenmehl, das Pfund 1,30 Mk.,
7. für Weizenmehl das Pfund 1,35 Mk.,
8. für Weizenauzugsmehl, das Pfund 1,50 Mk.

Wer die Höchstpreise überschreitet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.

Scheuern.

Bekanntmachung.

Gemäß Anordnung der Kreisdelegation ist das von Besatzungstruppen i. Zt. zurückgelassene Material wie Bettstellen, Strohläcke, Bettüberzüge, Spaten, Waffen, Wagenräder usw. an die Gestein zu überführen. Abgabe hat in Nassau in der Königsbaderbrauerei zu erfolgen. Vorherige Meldung von der Abgabe ist auf dem Rathause, Zimmer 5, zu erstatten.

Nassau, 6. Mai 1920.

Die Polizei-Verwaltung: Hajenclever.

Bekanntmachung.

Die am 5. Mai d. Js. abgehaltene Holzversteigerung im Distrikt 34b Strang ist genehmigt worden. Die Ueberweisung des Holzes erfolgt Samstag, den 8. Mai, vormittags 10 Uhr, an Ort und Stelle.

Nassau, 6. Mai 1920.

Der Magistrat:

Hajenclever.

Gewerbliche Fortbildungsschule.

Der Unterricht der Dienstag-Abteilung (Zeichnen und kaufm. Klasse) wird ausnahmsweise nächste Woche a. **Mittwoch, den 12. d. M.**, verlegt.

Der Schulleiter: G a u l.

Einladung

zu der am **Mittwoch, den 12. Mai 1920, nachm. 3 Uhr**, in Diez, i. Lokale Wilh. Mageiner, Rosenstr., stattfind.

Vorstandssitzung mit um 4 Uhr anschließender **Generalversamml.**

des **Kreisverbandes für Handwerk u. Gewerbe im Unterlahnkreis zu Diez.**

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Benennung der Geschäftsstelle, 3. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission u. Kassenrevisions durch dieselbe, 4. Wünsche und Anträge.

Wünsche und Anträge wolle man bis zum 11. Mai beim Vorstand geltend machen.

Diez, den 29. April 1920.

gez.: Karl Bühl, Vorsitzender.

Holzwaren

wie Kleiderbügel, Holzlöffel, Kartoffelstampfer, Salatbestecke, Fleischbreiter, Frühstücksbretchen, Löffelhalter, Löffelgarnituren, Quirle, Handtuchhalter, Fahhahnen, Mehlsiebe, Rubelrollen, Garderobenleisten u. s. w. empfiehlt

Chr. Arzt, Korb- u. Stuhlflächerei,
Nassau, Römerstraße 12.

Bereinsnachrichten.

Turngemeinde. Jeden Dienstag und Freitag Abend 8 Uhr Turnstunde.

Samstag abends 8,45 Uhr bei Gastwirt Köhler: Spielerversammlung. Alles zur Stelle.

Turn-Berein Bergnassau-Scheuern. Mittwoch und Freitag abends 8½ Uhr Turnstunde.

Evangel. Kirchenchor. Freitag abends 8½ Uhr: Gesangsprobe.

Zuverlässiges

Kinder mädchen

gegen hohen Lohn tagsüber gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle.

100 leere

Weinflaschen

zu verkaufen.

Pfarrer Schmitt, Obernhof.

Für Bäckerieien

empfehle:

Bachmann, Brotschiefer, Srischbüttel, Kuchenpinsel.

Chr. Arzt, Nassau,
Korb- und Stuhlflächerei,
Römerstr. 12.

Sauberes, zuverlässiges Mädchen

oder Frau für halbe Tage (vormittags) in ruhigem Hause gesucht. Off. unt. S. 2 an die Geschäftsstelle.

Stundenfrau

oder Mädchen gesucht v. 9 — 11 Uhr vorm. und ½2 — ½3 Uhr nachm. Von wem, sagt die Geschäftsstelle.

Bad Nassau

Bei Aufträgen außer dem Hause genügt Benachrichtigung durch Postkarte

Strkraft



Ärztlich empfohlen.
Zu hab. i. Schachteln in M. 5 - u. M. 10.- i.
Progr. u. Apotheken, wo nicht, nachbestellen an
Frodingerswerthe Deiser & Co. G. m. b. H.
Bielefeld.

für leichte Hausarbeit für ganz oder auch mittags sofort gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsst.

P. Ginder, Spezial-Bandagist, Saarbrücken 3,
Viktoriastraße 30.

Zum Schluß mag eine kleine Ehescheidungs-Szene vorgegeben werden. Die Frau klagte gegen ihren Mann wegen Untreue, der Mann behauptete, das Temperament seiner Frau sei unentraglich. Nach längerer Verhandlung richtete der Vorsitzende einige Fragen an die Klägerin. Sie antwortete, aber der Richter schien schwerhörig zu sein; denn sie mußte ihre Antworten beständig wiederholen. Und schon nach wenigen Minuten war die Frau hupferco im Anstich vor Bist. Und so ergoß sie die vollen Schalen ihres Jornes über die Mitglieder des Gericht's nannte sie vollendete Narren und () dem Vorsitzenden eine flaischende Ohrspeise. Der Richter hatte natürlich nur den Schmerzbürigen gespielt, um das angelisch unentragliche Temperament der Dame zu prüfen. Wie das Urteil ausfiel, läßt sich denken.

Salzische Silberdieber. In einem Hause der Wiedenstraße in Frankfurt a. M. nahm die Kriminalpolizei bei verdächtigen Silberdiebern eine Gatzsuchung vor. Während die Beamten die Wohnung durchsuchten, warfen die Inhaber einige Pakete aus dem Fenster in den Vorgarten. Es war Silbergeld im Werte von ungefähr einer Viertelmillion, das von dem Hausbesitzer sofort in Silberblei gebracht und dann der Polizei übergeben wurde. Als die Dieber sahen, daß sie um ihre Beute gekommen waren, gingen sie gegen den Hausbesitzer und drohten ihm das Haus anzuzünden, so daß dem Mann nichts übrig blieb, als den Schutz der Polizei in Anspruch zu nehmen: **Grubenunglück.** Auf dem Wilschmischacht in Zwidau i. S. sind neun Mann der Belegschaft durch Fluthbrand eingeschlossen worden. Man glaubt, daß sie **rettet** sind. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Freunde der Bienenzucht sind willkommen.

offeriere:
Herren-, Burschen- u. Knabenanzüge
in Ia Qualitäten und bester Verarbeitung.
Alb. Strauss, Nassau-Lahn.

Filiale Nassau (Haus J. W. Kuhn)
Fernruf Nassau Nr. 3.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern :
**Kolonialwaren, Schokoladen, Kakaos,
 Rot- u. Weißweine, Cognak, Limonaden.
 Stets frisch gebrannten Kaffee.**

Zigarren, Zigaretten und Tabake
in großer Auswahl zu mäßigen Preisen.

Keimfähige Sämereien in allen Sorten.

Haus- und Küchengeräte, landwirtschaftl.
Artikel, Eisenwaren, Werkzeuge, Farb-
waren.

Wer seine wirtschaftl. Lage verbessern will, trete der Genossenschaft als Mitglied bei. Eintrittsgeld 50 Pfg., Geschäftsanteil lt. Statut 50 Mk., zahlbar in 5 Jahren, bei sofortiger Einzahlung erfolgt Verzinsung mit 4%. Festgelegter Rabatt auf alle Einkäufe 4%, welcher am Jahreschluß in bar ausgezahlt wird.

Der Vorstand.

Brennholz! zu kaufen **Waldbestände!** z. Selbst-
gekauft. fällung.
Gustav Nebelung, Frankfurt a. M.,
Wittelsbacher Allee 4. Telefon Hanja 533.

4-5 Monate alte
Kaninchen
zu verkaufen. Zu erfragen,
an der Geschäftsstelle.

Schöner Koffalat u

Sort. Gemüsesflanze
empfiehlt N. Hermes.

mpfiehlt N. Hermes.

Spazierstöcke

in großer Auswahl
eingetroffen.